



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hildebrandt, Else: Schweden und der Krieg

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Schweden und der Weltkrieg

Don Dr. Else Hildebrandt



Die große Masse des deutschen Volkes erwartete nach Beginn des Krieges ein Heraustreten Schwedens aus seiner Neutralität. Häufig hörte man die Ansicht, daß das nordische Reich eine aktive Politik treiben müsse, um sich das in dem unglücklichen Kriege mit Rußland 1809 verlorene Finnland wiederzugewinnen. Gerade diese Ansicht zeigt, wie wenig genau man im allgemeinen in Deutschland die Stimmung in Schweden kennt. Finnlands Schicksal ging Schweden ohne Zweifel recht nahe, die demokratische Grundlage seiner Verfassung und der meisten seiner Einrichtungen ließ es doppelt schwer die Vergewaltigung des Landes empfinden, mit dem es durch die jahrhundertlange Gemeinsamkeit des Schicksals so eng verknüpft ist. Aber das Schwert für die Wiedergewinnung des Nachbarlandes zu ziehen, daran hat in den letzten Jahrzehnten weder im Volke noch in offiziellen Kreisen irgendjemand gedacht. Ist doch auch die Stammverwandtschaft nicht so groß, wie man im allgemeinen meint: Finnland besitzt heute neben 86 Prozent Finnen nur 13 Prozent Schweden.

Schweden hat in dem Weltkrieg verstanden, im korrekten Sinne seine Neutralität zu bewahren. Diese Tatsache hindert jedoch nicht, daß das Volk und die einzelnen Parteien eine mehr oder weniger freundliche Stellung zu den einzelnen kriegsführenden Staaten einnehmen. Die schwedische Volksvertretung wird von nur drei Parteien gebildet: den Rechten, die wohl unseren Nationalliberalen am nächsten stehen — Konservative im deutschen Sinne gibt es in Schweden nicht —, den Freisinnigen und den Sozialdemokraten. Seit den letzten beiden Wahlen haben die Liberalen einen großen Teil ihrer Mandate

verloren, die fast in gleichem Verhältnis der rechtsstehenden Partei und den Sozialdemokraten zugute gekommen sind, so daß heute die Rechte 86, die freisinnige Partei nur 57 und die Sozialdemokratie 87 Sitze innehat. Im allgemeinen kann man aus noch im einzelnen darzulegenden Gründen sagen, daß die Rechten — wir sagen die Konservativen — durchweg deutschfreundlich gesinnt sind, die Sozialdemokraten und die Linksliberalen aber im allgemeinen Deutschland nicht sympathisch gegenüberstehen.

Trotz dieser deutschfeindlichen Strömungen kann man jedoch ohne Übertreibung behaupten, daß die akademisch gebildeten Kreise Schwedens eng mit Deutschland verknüpft sind. Die Rassenverwandtschaft als Begründung anzuführen genügt nicht. Neben den politischen Verhältnissen hat in erster Linie deutsche Wissenschaft die beiden Völker aneinander geknüpft. Auf den Universitäten Lund und Upsala werden zum Studium wohl mehr deutsche als schwedische Werke benutzt. Die schwedischen Studenten bringen häufig ein oder mehrere Semester an deutschen Universitäten, unter denen besonders Jena bevorzugt wird, zu. Viele schwedische Wissenschaftler sind eifrige Mitarbeiter an unseren wissenschaftlichen Zeitschriften. Schwedische Professoren gehörten wiederholt in den letzten Jahren deutschen Dozentenkollegien an. Ich erinnere nur an den Religionshistoriker Söderblom in Leipzig, der im letzten Jahre Bischof von Upsala geworden ist und zu Beginn des Krieges mit so warmem Enthusiasmus flammende Worte der Anklage an den Erzbischof von Canterbury gerichtet hat. Auf allen Gebieten, insbesondere auf dem pädagogischen und sozialpolitischen, verfolgt man alle deutschen Einrichtungen mit eifrigem Interesse und sucht aus ihnen zu lernen.

Vielleicht kann man in Schweden von einer besonderen politischen Färbung einzelner Landstriche sprechen. So ist ohne Zweifel Göteborg auch in Friedenszeiten mehr england- als deutschfreundlich. Und diese Stimmung hat sich in Kriegszeiten zu einer gewissen Deutschfeindlichkeit ausgewachsen. Die Ursachen sind wohl in erster Linie in wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen. Göteborgs Handel ist seit langem vorwiegend nach England gerichtet, so daß die Interessen der Göteborger Kaufleute eng mit dem Schicksal Englands verknüpft sind. Schweden hat überhaupt eine weitaus stärkere Ausfuhr nach England als nach Deutschland, denn während sie nach Deutschland 1911 nur 134 Millionen Kronen betrug, belief sich die schwedische Ausfuhr nach England auf 196 Millionen Kronen. Aus diesen Gründen erscheinen der „Göteborg Post“ die wirtschaftlichen Aussichten für Schweden bei einem Siege Deutschlands in nicht allzu rosigem Lichte. Man beginnt mit englischen Augen zu sehen und Deutschland als seinen wirtschaftlichen Nebenbuhler zu betrachten. So glaubt man, daß ein siegendes Deutschland Schweden auf dem russischen Markte, wo es sich im letzten Jahrzehnt einzelne Gebiete erobert hat, vertreiben könnte. Deutschland werde monopolartig den russischen Markt beherrschen und dadurch die schwedische Unternehmungslust zum Verfliegen bringen. Deutschland werde sich auch des

Transithandels von Osten nach Westen bemächtigen, von dem Schweden und besonders Göteborg so viel erhofft hatte. Wie zur Zeit der Hansa, so meint die „Göteborg Post“, wird sich der Handel in deutschen Händen konzentrieren. Auch „Social-Demokraten“ glaubt, daß es schwedischem Fleiße gelingen müsse, deutsche Fertigfabrikate — insbesondere landwirtschaftliche Maschinen — durch eigene Erzeugnisse auf dem russischen Markte zu verdrängen.

Die rechtsstehende Partei ist es, die ihrem Vaterlande immer wieder seine schwachen militärischen Machtmittel vorwirft. Was bedeutet auch für die Verteidigung eines Landes, das fast die Größe Deutschlands besitzt, ein Heer von einer halben Million Kriegsstärke? Die Lösung der Wehrfrage bildete seit Jahren das wichtigste innerpolitische Problem Schwedens. Die Rechte hielt in der Hauptsache die Übungszeit für zu gering und verlangte den Bau moderner Panzerschiffe, während die Sozialdemokratie für eine Verminderung der Militärlasten agitierte. Eine Kommission, die schon seit 1907 tagte, brachte weder unter dem konservativen noch später unter dem liberalen Ministerium die endgültige Lösung der Frage. Der Bau eines modernen Linienschiffs von 7000 Tonnen wurde, nachdem er schon beschlossen war, wieder stiftiert. Diese Tatsache führte zu einer ungeheuren Opferwilligkeit innerhalb der schwedischen Bevölkerung: während eines Vierteljahrs wurden im Vor Sommer 1912 18 Millionen Kronen gespendet, um durch diese freiwillige Gaben den Bau des Schiffes zu ermöglichen. Der Bau der „Sverige“ wurde auf den Göttawerken in Stockholm im Februar 1913 begonnen*). Es mag hier erwähnt werden, daß mit zwei Ausnahmen alle Kriegsschiffe auf schwedischen Werften gebaut werden, was für die Entwicklung der schwedischen Volkswirtschaft kennzeichnend ist.

Man erinnert sich noch, wie im vorigen Frühjahr die Militärfrage zur Krise führte, in der das liberale Ministerium Staaß gestürzt wurde. Die Rechte hat ihm vorgeworfen, das Wehrproblem nicht schnell und energisch genug gelöst zu haben. Die Bauern griffen durch eine Kundgebung in die Lage ein, indem sie anfangs Februar, 32000 an der Zahl, aus allen Landesteilen Schwedens vor das Schloß des Königs zogen und ihn um eine sofortige

*) Ihre Bestückung beträgt vier Schnellfeuerkanonen von 28 Zentimeter, fünf von 15 Zentimeter und sechs von 7,6 Zentimeter Kaliber. Sie hat zwei Ausstößrohre unter Wasser für 53-Zentimeter-Torpedos. Die Panzerung beträgt für die wichtigsten Teile 200 Zentimeter, die indizierten Pferdekräfte 20 000. Die übrigen Bestandteile der alten schwedischen Flotte sind bedeutend kleiner und viel schwächer armiert. Der einzige Panzerkreuzer „Thylgia“ hat nur eine Wasserverdrängung von 4800 Tonnen und die zwölf Küstenpanzerschiffe fassen alle zusammen nur 35 400 Tonnen. Dazu kommen neben einigen Panzerbooten zweiter und dritter Klasse vier sehr alte Kanonenboote von 400 bis 600 Tonnen und acht Torpedobootzerstörer von etwa 450 Tonnen, fünf von etwa 800 Tonnen, die ersten mit etwa 30 Knoten Schnelligkeit und zwei Deckkanonen für 45-Zentimeter-Torpedos, die letztgenannten mit etwa 20 Knoten und ein Unterwasserausstößrohr für 38-Zentimeter-Torpedos. Von einer nennenswerten Flotte konnte daher bis jetzt keine Rede sein. Allerdings besitzt Schweden 31 Torpedoboote erster und 14 zweiter Klasse und etwa sechs Unterseeboote.

Lösung der Wehrfrage baten. Diese Handlungsweise ist für den, der die schwedische Geschichte kennt, nicht so wunderbar: seit Jahrhunderten bestand verfassungsgemäß neben den drei üblichen Ständen der meisten europäischen Großstaaten in Schweden der vierte Stand, der schon im Mittelalter Sitz und Stimme im Reichstag hatte, der Bauernstand. — Beim Empfang der Bauerndeputation ergriff der König selbst Partei in der Wehrfrage, indem er ihre baldige Lösung versprach. Dieser Eingriff des konstitutionellen Königs erregte bei den Sozialdemokraten und einem Teil der Liberalen einen großen Sturm der Entrüstung. Staaff mußte sein Amt niederlegen. Der wichtigste Punkt des Wehrprogramms des neu einberufenen Ministeriums, das unter dem Vorsitz von Hammarström gebildet wurde, war die Verlängerung der Übungszeit für alle Waffengattungen auf ein Jahr — bis jetzt hatte nur die Kavallerie eine so lange Dienstzeit — und der Bau größerer Panzerschiffe. Die neue zweite Kammer, die nach Auflösung der alten im April gewählt wurde, brachte eine starke Verminderung des Freisinn (von 101 auf 71 Mandate) — er hatte überall an Vertrauen verloren — und eine bedeutende Zunahme der Sitze der Rechten (von 65 auf 86) und der Sozialdemokratie (von 64 auf 73). An die Sozialdemokratie hatten sich alle diejenigen angeschlossen, denen die bestehende Dienstzeit noch zu hoch war und die für eine Verminderung des Militärbudgets eintraten. Das Budget für Heer und Marine, das 1912 bei einem Gesamtetat von 263 Millionen Kronen 88 Millionen betragen hatte, sollte nach ihren Wünschen in Zukunft 70 Millionen nicht übersteigen. Kaum jemals ist wohl in Schweden der Wahlkampf von allen Seiten mit solcher Erbitterung und Leidenschaft ausgefochten worden.

Nach Ausbruch des Krieges setzte selbstverständlich die Agitation für eine erhöhte Dienstzeit im verstärkten Maße ein, und im September wurde nun auch endlich die Übungszeit für die Infanterie im ersten Jahre auf 280 Tage heraufgesetzt — noch weitere Übungen folgen — und auch die Forderungen für den Landsturm wurden erhöht. Noch 1914 wurde auch die Verstärkung der Flotte vom Reichstag beschlossen. In einer fünfjährigen Periode, von 1915 bis 1919, sollen neben der „Sverige“ zwei weitere Linienschiffe von demselben Typus und derselben Bestückung gebaut werden, ferner vier Torpedobootzerstörer verbesserten Typs mit 460 Tonnen Wasserverdrängung, 30 Knoten Schnelligkeit, vier Schnellfeuerkanonen von 7,5 Zentimeter und sechs Ausstoßrohren von 45-Zentimeter-Torpedos und endlich eine Anzahl Unterseeboote.

Immer wieder hatte die Rechte zur Agitation für die Erweiterung des Verteidigungswesens die russische Gefahr für Schweden hervorgehoben. Wie bekannt, haben sich besonders Sven Hedin und Pontus Fahlbeck in mehreren Flugschriften für eine Vermehrung der Flotte eingesetzt. Auch die Russifizierung Finnlands soll nach der Meinung der Konservativen für die Zukunft Schwedens nicht unterschätzt werden, hat doch seit der Ära Bobrikoff Schweden Finnland als Pufferstaat verloren.

Die ausführliche Darlegung der Stellung der einzelnen schwedischen Parteien zur Wehrfrage zeigt gleichzeitig auch das Verhalten des Volkes gegenüber Deutschland, allerdings nur insoweit, als die Zusammensetzung der Volksvertretung die Volksstimmung wiedergibt. Den schwedischen Sozialdemokraten ist Deutschland — wie auch einem Teil der Liberalen — das Land des Militarismus. Von dem deutschen „Militarismus“ hat man in diesen Kreisen so falsche Vorstellungen wie überall da, wo man diesen Begriff benutzt, um Stellung gegen uns zu nehmen oder andere Völker gegen uns aufzuheizen. Für den Militarismus haben sie auch das schöne Wort „Preußeriet“ geprägt; denn Preußen ist es ja, das vom Militarismus durchseucht ist und jetzt auch die anderen Bundesstaaten angesteckt hat. Auch die schwedische Sozialdemokratie verkennt so völlig die Volksstimmung in Deutschland, daß sie sich einbildet, das deutsche Volk vom Militarismus befreien zu müssen, ohne sich darüber klar zu werden, daß zu einer Befreiung auch die Geneigtheit des Volkes, um das es sich bei dem Befreiungswert handelt, gehört.

Auch Ellen Key glaubt im „Forum“, einer linksstehenden Zeitschrift, ihre Stimme gegen das „verpreußte“ Deutschland erheben zu müssen. Bei ihr hätte man wohl eine bessere Kenntnis unseres Vaterlandes vermuten und Auslassungen erwarten dürfen, die mehr Originalität verraten. Anstatt dessen gibt sie nur Schawtsche Gedanken wieder, wenn sie sehnsüchtig das von ihr bewunderte Deutschland Rants und Goethes zurückwünscht, und wenn sie erklärt, daß für den, der den germanischen Geist liebt, nicht Moskau oder London Deutschlands größter Feind ist, sondern Potsdam. Die Ziele der augenblicklichen schwedischen Politik sieht sie in einem Verteidigungsbündnis der skandinavischen Staaten. „Die jetzigen Schweden, deren Väter so warm für die Gemeinsamkeit Skandinaviens eintraten, haben“ — nach ihrer Ansicht — „nicht das Recht, Nord-schleswigs Schicksal zu vergessen“. In voller Übereinstimmung mit ihrer Auffassung von Deutschland gibt „Social-Demokraten“ einen Teil ihrer Ausführungen wieder und bringt zum Schluß die Auslassung eines dänischen Parteifreundes, der als warmer Deutschenfreund (!) wünscht, daß das „jetzige verpreußte Deutschland im Weltkriege unterliege“.

Dieselbe Färbung wie das führende Stockholmer Parteiorgan zeigt auch die Zeitschrift „Tiden“, die ebenfalls von dem Führer der Sozialdemokratie, Hjalmar Branting, geleitet wird. Branting hat seinem Lebensgange gemäß enge Beziehungen zu Frankreich, dessen Kultur er durch den Weltkrieg gefährdet sieht. Er haßt deshalb Deutschland, ohne zu bedenken, daß deren Untergang wohl jeder gebildete Deutsche mit gleichem Schmerz beklagen würde. Die Provinzpresse weicht niemals ohne wichtige Gründe von der Ansicht ihres Führers ab, und so nimmt sie im ganzen dieselbe Haltung ein wie das führende Parteiorgan.

Selbstverständlich versucht auch die sozialdemokratische Presse nachzuweisen, daß Deutschland den Krieg gewollt hat. Deutschland, so legt ein Verfasser

eines Artikels im Augustheft von „Tiden“ dar, habe „seine Stunde richtig gewählt“, und seine „Berechnungen würden vielleicht binnen kurzer Zeit sich verwirklichen und Deutschland der Herr der Welt sein“. In derselben Nummer verstatet man aber noch einmal auch einem Verteidiger Deutschlands das Wort, der die unberechtigten Anklagen gegen unser Land abweist. Er zeigt Deutschlands Versuche, den Frieden zu bewahren und legt dar, daß es einen gerechten Krieg führt, weil es durch eine große Übermacht gezwungen wurde, die Waffen zu ergreifen; — nun kämpft es für die Aufrechterhaltung seiner Existenz.

Stellt man sich einmal auf den Standpunkt, daß Deutschland den Krieg gewollt hat, so wird man ihm gegenüber eine um so feindlichere Stellung einnehmen, je mehr das eigene Land unter dem Kriege zu leiden hat. Die Wirkungen der jetzigen Lage sind aber für Schweden sehr bedeutend gewesen; insbesondere haben die breiten Schichten des Volkes, die Arbeitermassen, die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes und die Verteuerung der Lebensmittel sehr gespürt. Die Arbeitslosenziffern waren im Dezember in Schweden höher als in Deutschland. Während sie dort im letzten Vierteljahr des Jahres 1913 2,2 Prozent, 2,6 Prozent und 4,4 Prozent betragen, zeigen sie 1914 mit 7,7 Prozent, 8,1 Prozent und 10,3 Prozent die eingetretene Krise. Selbstverständlich sind es besonders die Arbeiter der Exportindustrien, die durch den Krieg stark betroffen werden. Groß war die Arbeitslosigkeit in der Stein- und Tonindustrie, die 1911 von den 305 000 schwedischen Industriearbeitern rund 31 000 beschäftigte. Der Wert der Steinausfuhr betrug 1911 rund 14½ Millionen Kronen, das Hauptabsetzland ist Deutschland. Auch das Baugewerbe hatte noch unter einer stärkeren Arbeitslosigkeit zu leiden wie in gewöhnlichen Wintern. Die Preise einiger Lebensmittel — insbesondere Fleisch — sind in Schweden sehr stark gestiegen.

Als die deutsche Regierung am 23. November bearbeitete und unbearbeitete schwedische Hölzer als relative Kriegskonterbande erklärte, da veräumte man in sozialdemokratischen Kreisen nicht, die Handlungsweise Deutschlands zu brandmarken. Nur die rechtsstehende Presse wies energisch auf den Handelskrieg Englands hin, der die Interessen der skandinavischen Staaten tödlich verlegt. Gerade für Schweden hatte die Erklärung der relativen Konterbande zur absoluten die schwersten Folgen. Allerdings ist der Holzexport für die schwedische Volkswirtschaft Lebensbedingung. 52 Prozent des Landes sind mit Wald bedeckt und die zahlreichen Flußläufe und Seen ermöglichen einen billigen Transport der Hölzer. 1911 betrug die Ausfuhr unbearbeiteter, behauener und gesägter Hölzer sechs Millionen Kubikmeter. Von besonderer Bedeutung war die Verordnung vom 23. November dadurch, daß mehr wie der dritte Teil der schwedischen Holzausfuhr nach Großbritannien gerichtet ist. Eine Krise in der Sägemühlenindustrie muß schon deshalb von schweren Folgen begleitet sein, weil allein rund 40 000 Arbeiter dort beschäftigt sind. Aber die Erklärung vom 23. November hat trotzdem nicht so einschneidend

gewirkt, wie man nach der Bedeutung des Holzexports für die schwedische Volkswirtschaft annehmen sollte. Denn während der Wintermonate ist der Transport über die Ostsee — die Westküste kommt kaum in Betracht — wegen des Eises doch nicht möglich. Übrigens scheint man jetzt die Bestimmung, die durch das eingetretene Tauwetter von großem Belang würde, verändern zu wollen.

Hat die sozialdemokratische Presse nicht versäumt, Kapital aus der deutschen Konterbandeerkklärung zu ziehen, so ist sie nur allzu maßvoll in der Kritik des ungerechtfertigten Anhaltens schwedischer Dampfer von seiten Englands, während wir diese Verhältnisse in der übrigen Presse mit großer Ausführlichkeit dargelegt finden. Nahezu unerträglich wird für die schwedische Geschäftswelt jetzt die englische Telegrammzensur.

Interessante Aufklärungen über die Stellungnahme der einzelnen Zeitungen werden uns, wenn wir ihre Lektüre etwas mehr philologisch behandeln: in fett gedruckter Überschrift finden wir in „Social-Demokraten“ die Worte „die deutschen Seekriegsmethoden“. Darunter dick gedruckt: „Der Zerstörer der ‚Galaba‘ ging unter englischer Flagge,“ dahinter steht ein Punkt. Der Leser empört sich über Deutschland. Ganz unten im Text scheint aber der Redaktion des „Social-Demokraten“ das Gewissen geschlagen zu haben, und sie versteht die klein gedruckten Worte „Die deutschen Unterseeboote unter englischer Flagge“ mit einem Fragezeichen.

Um gegen die Steigerung des Verteidigungswesens auftreten zu können, muß die liberale und sozialdemokratische Presse der Annahme einer russischen Gefahr entgegentreten, deren starke Hervorhebung von seiten der Rechten die Linke vor dem Kriege für übertrieben hingestellt hat. Man leugnet, daß Rußland bestrebt ist, sich in den Besitz von Narvik und dadurch eines Hafens am atlantischen Ozean zu setzen*). Es braucht nicht an die norwegische Küste vorzudringen, wenn es Konstantinopel erobert hat, so argumentiert man. Die Folge dieser Auffassung ist, daß man Rußland ein siegreiches Vordringen in den Dardanellen wünscht. Sollte dies unmöglich sein, so bleibt dem östlichen Nachbar immer noch die Möglichkeit, einen Kriegshafen an der Murmanküste anzulegen, der die Besitznahme Narviks unnötig macht. Es genügt aber der linksstehenden Presse nicht, mit dieser Beweisführung die russische Gefahr zu beseitigen, sie versucht sogar, wie wir gesehen haben, eine Gefahr, die von Deutschland heranzieht, zu konstatieren.

Wie ein schlechter Spaß mutet es uns jedoch an, wenn „Social-Demokraten“ und „Dagens Nyheter“ seit ein paar Tagen eine russisch-schwedische Konferenz von russischen Dumamitgliedern und schwedischen Reichstagsabgeordneten befürworten**). Russischerseits soll man schon die Grundlagen einer solchen Konferenz

*) Vergleiche Die Grenzboten vom 20. Januar 1915. Seite 74.

***) Auf den Entrüstungsturm, der auf diesen Vorschlag in der rechtsstehenden Presse folgte, erklärte „Dagens Nyheter“, die zuerst den Gedanken verfolgte, „daß die Konferenz keineswegs eile“.

erwogen haben und die Behörden sollen großes Interesse für den Plan bekunden. Was soll in aller Welt, so wird man kopfschüttelnd fragen, das Thema einer solchen Zusammenkunft bilden? Nichts Geringeres als die Zukunft Finnlands. In „Social-Demokraten“ selbst hat man eine Artikelserie veröffentlicht, in der dargelegt wird, daß das finnische Volk selbst keine Hoffnung mehr hat, bei Aufrechterhaltung der Zarenmacht seine Selbständigkeit und Freiheit zu bewahren. Trotzdem hält man in der schwedischen Sozialdemokratie die Zeit für gekommen, die Hindernisse, die „einer vertrauensvollen und freundschaftlichen Verbindung der beiden Völker im Wege stehen, wegzuräumen“. Merkwürdiger Weise zitiert „Social-Demokraten“ hier nicht die Stelle aus Ellen Key's oben genannten Aufsatz, „daß jeder Blutstropfen in einem schwedischen Herzen den Gedanken, die Hand über das niedergedretene Finnland unserm östlichen Nachbar zu reichen, abweisen sollte“. (Allerdings lehnt sie in diesem Zusammenhange auch jede Waffenbrüderschaft mit dem südlichen Nachbar über das niedergedretene Nordschleswig ab). Wir können uns nur wie ein rechtsstehendes schwedisches Blatt wundern „über das Zusammenwirken des russischen Absolutismus und der schwedischen Sozialdemokratie“. Ob Finnlands Ausichten durch eine solche Konferenz wachsen werden? „Svenska Dagbladet“ erinnert mit Recht an den Besuch russischer Dumamitglieder in England und macht darauf aufmerksam, daß die Fürsprecher Finnlands in England seitdem verstummt sind.

Mit diesen Ausführungen soll nun selbstverständlich nicht nachgewiesen werden, daß jeder Sozialdemokrat der Meinung des Stockholmer Parteiorgans wäre. Für die Sache Deutschlands hat der bekannte schwedische Revisionist und Sozialdemokrat Gustav F. Steffen in schwedischen und deutschen Zeitungen Partei ergriffen. Wegen seiner Stellungnahme zur Verletzung der belgischen Neutralität in der „Bosfischen Zeitung“ mußte er aus dem Vertrauensrat der schwedischen Sozialdemokratie ausscheiden. Er hat in seinem Buche „Krieg und Kultur“ (Erster Band, deutsch, bei Eugen Diederichs, Jena, 1915), von dem soeben auch der zweite Teil in schwedischer Sprache erschienen ist, sich mit den deutschfeindlichen Äußerungen der Engländer und Russen auseinandergesetzt und wichtige Dokumente für die Denklungsart unserer Feinde beigebracht. Besonderen Wert erhält seine Beurteilung durch die tiefgehende Kenntnis, die er von der Kultur, insbesondere von der Volkswirtschaft Großbritanniens besitzt; er hat mehr wie ein Jahrzehnt in England gelebt. Mit seiner Ironie behandelt er die Art, mit der die Engländer versuchen, ihr Bündnis mit Rußland zu rechtfertigen, den russisch-englischen Kampf für „Demokratie und Freiheit“ zu erklären. Allerdings halten es die meisten Engländer für besser, über das Zusammenwirken beider Reiche kein Wort zu verlieren, nur einige sprechen sich offen, sogar in Privatbriefen an Steffen aus: man will mit Hilfe Rußlands den größten Konkurrenten, Deutschland, niederzwingen, um nachher dem Koloß seine Friedensbedingungen zu diktieren. Mit gutem Verständnis weist Steffen die englischen Anklagen gegen den deutschen

„Militarismus“ zurück. Im zweiten Teile legt er unter anderem zahlenmäßig dar, daß Englands und Frankreichs Ausgaben für Heer und Marine pro Kopf der Bevölkerung bedeutender sind als die Deutschlands. Für die unglaublichen Kriegsberichte englischer Journalisten weiß Steffen nur eine Erklärung: so wie England zum größten Teile aus Jagdgründen besteht, so sieht der Engländer auch die ganze übrige Welt als sein Jagdrevier an; denn der Sport und besonders die Jagd erscheinen ihm ja als notwendiger Ausgleich der Schäden des modernen Industrialismus. So ist ihm die Vorliebe geblieben für Kriegsschilderungen, die sich nicht von den alten Indianergeschichten unterscheiden. Die kraffen Urteile gebildeter Engländer über Deutschland erklärt Steffen mit der Beschränktheit der englischen Insularität. Aus jeder Zeile Steffens spricht Hochachtung für das deutsche Volk und seine Kultur. Besonders für seine Kraft der Organisation — die er sowohl in dem deutschen Militarismus wie in der deutschen Sozialdemokratie findet — hat er volles Verständnis und Worte höchster Anerkennung.

Die rechtsstehende Partei Schwedens geht weiter wie Steffen. Sie ist seit Kriegsausbruch mit der offiziellen Politik unzufrieden und wünscht ein aktives Eingreifen zugunsten Deutschlands. Mit scharfen Worten hält sie immer wieder dem Volke die russische Gefahr vor Augen, die jetzt nach Ausbruch des Krieges die linksstehende Presse wegzudisputieren sucht*). Sollte Rußland auch die Besitznahme Konstantinopels gelingen, so wird es deshalb nicht aufhören, alle Mittel in Bewegung zu setzen, um sich in den Besitz eines Hafens am atlantischen Ozean zu setzen. Kann doch ein Hafen am mittelländischen Meer, in dessen Beherrschung sich vier Großmächte teilen, nicht den so ersehnten am Weltmeer ersetzen, gar nicht zu reden von Alexandrowst an der Murmanküste, das bei weitem nicht dieselben günstigen Bedingungen eines Kriegshafens aufweist wie Narvik.

Auffsehen erregende Artikel erschienen in der Zeitschrift „Det nya Sverige,“ deren Herausgeber der Leiter des Nationalvereins gegen die Auswanderung, Adrian Molin, ist. Bekanntlich war ja eines der Hauptprobleme der schwedischen Volkswirtschaft in den letzten Jahrzehnten die Verhütung der Auswanderung. Hat doch das Land von 1850 bis 1910 mehr als eine Million Menschen verloren, fast ein Fünftel seiner jetzigen Bevölkerung. Der Verein versucht durch Ansiedlung von Bauern die Leute in der Heimat zu halten und Rückwanderer von neuem an die Heimat zu fesseln. Schon aus der Tätigkeit des Vereins, deren Direktor — wie gesagt — der Herausgeber der Zeitschrift „Det nya Sverige“ ist, läßt sich ihre Tendenz erkennen: Erneuerung der schwedischen Kultur auf nationaler Grundlage. Molin will in seinen Artikeln „Starke und schwache Neutralität“, „Schwedische Neutralität“, „Narvik oder die Dardanellen“

*) Zur Achtsamkeit auf russische Eroberungspolitik riet auch die immerwährende unerhörte Spionage von seiten Rußlands in Schweden.

beweisen, daß im Unterschied von Italien Schweden durch seine Neutralität nur verlieren kann. Italien läßt in jedem Falle die Großmächte den Kampf auch für sich ausfechten. Es wird am Tage des Friedens seinen Nutzen aus dem Weltkrieg ziehen, weil beide kriegführenden Parteien — dank seiner kräftigen Machtmittel — ihm jederzeit eine aktive Politik zutrauen, sie herbeiwünschen oder fürchten, Schweden aber wegen seiner geringen Machtmittel nicht ernst genommen wird.

Deutschland — so fährt Molin fort — ist der einzige Staat, der Schweden Stütze gewähren kann. Man wird es ihm aber beim Frieden nicht verübeln können, wenn ihm die Türkei, die aktiv eingriff, nähersteht als der skandinavische Stammesgenosse. Es wird niemand wundern können, wenn es für die Garantierung der Integrität der Türkei Rußland nichts mehr in den Weg legt, sich den so notwendigen Hafen an der Küste Norwegens zu suchen. Sicher muß man Molin recht geben, wenn er behauptet, daß eine Beschlußfassung nichts bedeutet, wenn man nicht die Möglichkeit besitzt, jederzeit für ihre Nichtachtung das Schwert zu ziehen. Doppelt klar wurde uns diese Erkenntnis durch das selbstherrliche Verhalten Englands gegenüber den neutralen Staaten. Ob wir trotz dieser Umstände aber so scharf in unserer Beurteilung sein dürfen und der Malmözusammenkunft keine andere Bedeutung zusprechen können als die einer Demonstration, scheint mir fraglich. Wird es doch sicher schon von erheblicher Wirkung sein, wenn sich die skandinavischen Staaten einig geworden sind, auf jeden Fall den finnisch-schwedischen Bahnanschluß zu verhindern und die Neutralität streng zu bewahren.

Großes Aufsehen erregte in Schweden Molins Widerlegung der Ansichten jener Männer, die die Übermacht eines siegenden Deutschland fürchten. Wir wollen die Worte Molins hier ohne Kommentar wiedergeben: „Würde uns wirklich Gefahr von seiten eines Deutschland drohen, das seine Feinde mit Glück bekämpft hat, so wäre es für Schweden an der Zeit, ernstlich zu überlegen, welches Schicksal es vorzöge: Bayerns oder Finnlands.“

Diese Äußerung könnte glauben machen, daß es den Schweden an Nationalgefühl gebricht. Das Gegenteil beweist schon die Tendenz der erwähnten Zeitschrift. Eher könnte man die Strömung, die jetzt in Schweden in den verschiedensten Kreisen, Liberalen und Konservativen, scharf zutage tritt, mit den Worten bezeichnen: Schweden für die Schweden. Selbst Sozialdemokraten äußerten sich mir gegenüber empört, daß so viele Unternehmungen sich in den Händen von Ausländern befänden. Diese Stellungnahme ist allerdings nicht so verwunderlich, da die schwedische Sozialdemokratie ja schon vor dem Kriege bedeutend nationaler gerichtet war, als dieselbe Partei in anderen Ländern. Heute würde man es in vielen Kreisen mit Freude begrüßen, wenn man getreu dem Prinzip „Schweden für die Schweden“ den Erwerb von Grundbesitz für Ausländer erschwerte. Diese Auffassungen sind um so schwerer zu verstehen, als Schweden, das nur fünfeinhalb Millionen Einwohner besitzt, in erster Linie

für eine kräftige Entwicklung seiner Volkswirtschaft Menschen fehlen. Menschen fehlen ihm sowohl für die Urbarmachung seiner Moore, die einen großen Teil des Bodens, besonders in den nördlichen Provinzen, bedecken, als auch für den weiteren Ausbau seiner Industrien.

Wir haben leider die Anschauung, daß Schweden schlechthin und durchweg deutschfreundlich gesinnt ist, stark einschränken müssen. Aber wir dürfen uns im ganzen — ohne leichtfertig zu sein — der Ansicht eines bekannten Sozialdemokraten anschließen, der mir dieser Tage schrieb: „Deutschland hat im schwedischen Volke mehr Freunde als Feinde.“ Vor allem aber steht die Intelligenz im allgemeinen auf unserer Seite. Daher kommt es auch, daß diejenigen, die in Schweden studienhalber reisen, den Eindruck gewinnen, gleichgesinnte Stammesbrüder zu finden.

